

Kendra Briken (Goethe Universität, Institut für Gesellschafts- und Politikanalyse)
Volker Eick (FU Berlin, John F. Kennedy Institute, Department of Politics)

Tagungsbericht:
Urban Security Work Spaces: Policing the Crisis – Policing in Crisis
Berlin, August 27-30, 2010

Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise hat die (international) sich verschärfenden Fragmentierungen, Pluralisierungen, Diversifizierungen und Heterogenisierungen gesellschaftlicher Lebensbedingungen und Arbeitsformen in neuartiger Weise transparent gemacht. Ins Zentrum der Tagung stellten wir deshalb die Frage: **Welche Folgen hat die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise für die Wohlfahrtsstaatlichkeit und das demokratische Gemeinwesen?** Wir haben uns dieser Frage in transnationaler Perspektive über drei Schwerpunkt-Themen genähert, die gerade mit Blick auf den Wandel von Wohlfahrtsstaaten im engen Zusammenhang stehen, aber selten gemeinsam diskutiert werden: **Arbeit, Stadt und Sicherheit.**

Für alle drei Bereiche sind wir davon ausgegangen, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise neuartige Herausforderungen mit sich bringt, die weitreichende Konsequenzen für die Bedingungen und Möglichkeiten sozialer Kohäsion von Gesellschaften haben. Zugleich sind es gegenwärtig gerade diese drei Felder, die ein ›umkämpftes Terrain‹ insofern abbilden, als unterschiedliche Akteursgruppen ganz unterschiedliche Anforderungen an Teilhabe stellen – und sich diese Auseinandersetzungen insbesondere im urbanen Raum niederschlagen.

Die Fokussierung auf den urbanen Raum knüpft zugleich an eine aktuelle Debatte an, die das Verhältnis zwischen Bund und Kommunen tangiert. »Ohne starke Städte, kein Weg aus der Krise«, betonte etwa Christian Ude, der Präsident des Deutschen Städtetages, im Jahr 2009. Als Konsequenz aus der Finanz- und Wirtschaftskrise müsse es zu einer Rückbesinnung auf die Stärken der Kommunen bzw. der lokalen Akteure kommen. Somit scheint die Finanz- und Wirtschaftskrise gerade für den urbanen Raum Veränderungen mit sich zu bringen. Mit Blick auf den stetig wachsenden Anteil der Bevölkerung, der – global betrachtet – in Städten lebt (bzw. leben muss, um zu überleben) ergeben sich daraus verschiedene Fragen: Welche neuartigen Modelle ›starker Städte‹ stehen zur Diskussion? In welchem Verhältnis stehen ökonomische und soziale Aspekte im Rahmen dieser Entwürfe? Und welche Konsequenzen hat dies für Lohnarbeit, für das Städtische und für urbane Sicherheit?

Die interdisziplinäre Konferenz hat die genannten Diskussionen in transnationaler Perspektive auf neue Entwicklungen im Bereich von Sicherheit und Wohlfahrtsstaatlichkeit analysiert und anhand theoretischer Konzepte sowie empirischer Beispiele illustriert.

Den **Auftakt** der Tagung machte das von **Johanna Hoerning (Goethe Universität Frankfurt, Ger)** moderierte Panel zum Thema ›**Spaces of Crisis – Crisis of Spaces**‹. Dass das Urbane in seiner Raumdimension ganz unterschiedlich konturiert werden kann, zeigten die drei ReferentInnen. **Kirstie Ball (Open University Business School, Milton Keynes, UK)** näherte sich in ihrem Beitrag ›**Brandscapes of Control? Co-construction of subjects and spaces in late capitalism**‹ den neuartigen Konfigurationen im städtischen Raum über das Phänomen der ›brands‹, der Marken also. Sie zeigte zum einen, wie – vermittelt über Werbung – Marken heute den öffentlichen Raum strukturieren. Diese Strukturierung indes wirke durchaus unterschiedlich, da hinter dem ›branding‹ eine umfassende Analyse der heterogenen Zielgruppen stehe. Marken bildeten über die Form der Werbung damit so genannte ›brandscapes of control‹: Angesprochen werden wir im öffentlichen wie privaten Raum zunehmend anhand unserer auf kumulierten Daten basierten (nicht aber basierenden) Identität. Marketing fokussiere verstärkt auf immer individualisiertere Profile. Zugleich liege hier eine Grenze, die der bürokratischen Organisation der Unternehmen geschuldet sei. Ball illustrierte am Telefonmarketing, dass Unternehmen ihren potentiellen KonsumentInnen immer näher kämen, einzelne Marken dabei indes immer willkürlicher und ununterscheidbarer seien. Diesem Problem näherten sich Unternehmen einmal durch eine Diversifizierung ihrer Produktpaletten (unterschiedliche Marken – ein Unternehmen). Zum anderen entstünde mit Unternehmen, die auf das Sammeln und Verkaufen von individuellen Massendaten spezialisiert seien, eine neuartige Konstellation, die es den KonsumentInnen erschwere, ihr Recht auf informationelle Selbstbestimmung auch und gerade gegenüber privatwirtschaftlichen Unternehmen geltend zu machen.

Daran anschließend zeigte **Jenny Künkel (FU Berlin, JFK-Institute, Ger)**, dass ›branding‹ im Rahmen des aktuell existierenden Neoliberalismus durchaus in einem erweiterten Sinn zu verstehen ist, d.h. nicht allein auf Unternehmen im fordistischen Verständnis zu begrenzen sei. In ihrem Beitrag ›**Public Private Security Provision in the Sex Industry**‹ wurde deutlich, dass selbst ein auf den ersten Blick und in bürgerlichen Gesellschaften – wenn auch immer widersprüchlich – als anstößig oder gar deviant deklariertes Feld, das der Prostitution, ganz unterschiedlich überwacht, eingeeht bzw., so Künkel, auch im Rahmen der Idee der ›Stadt als Unternehmen‹ ähnlich wie Markenartikel vermarktet werden kann und wird: Am Beispiel zweier Bezirke aus Hamburg wurde deutlich, dass im Stadtteil St. Pauli eine Sex-Industrie existiert, die als Touristenattraktion verkauft wird, während sie in St. Georg Prostitution nicht geduldet ist. Erst der Blick auf Konstruktionen von Rasse, Klasse und Geschlecht mache deutlich: Die ›deutsche‹ Prostitution, die in der Hand einiger ›deutscher‹ Könige von St. Pauli liegt, ist durchaus erwünscht – ähnliche Strukturen, die freilich auf als ›fremd‹ konnotierten Strukturen basieren (Osteuropa, Türkei, Albanien), hingegen werden observiert, poliziert und im Zweifel aus der Stadt gedrängt.

Hier ergänzte der Beitrag ›**Ending Public Spaces as we know them**‹ von **Bernd Belina (Goethe Universität Frankfurt, Ger)** um eine theoretische Perspektive, die noch einmal darauf verwies, dass Räume wie auch Vorstellungen von Kriminalität immer und zuvörderst soziale Konstruktionen sind. Ein Einbruch etwa wird erst dann zu einem Delikt, wenn in einer bestimmten (polit-ökonomischen) Konstellation Eigentum staatlich

unter Schutz gestellt wird. In diesem sozialen Prozess liege indes zugleich eine Abstraktion: Das Individuum tritt hinter die Tat zurück, es findet also im sozialen Produktionsprozess eine De-Sozialisierung statt. Diese ist sowohl mit Blick auf Individuen, Gruppen wie auch Räume folgenreich: Schon die Zugehörigkeit zu einer Gruppe (aktuell: Muslime) oder zu einem Raum (aktuell etwa: Neukölln) macht aus ›anständigen Leuten‹ deviante Subjekte.

Hier schloss die **Session II** an, in der es um *dissent*, also Protest, ging. Ohne Frage, Protestformen haben sich globalisiert, sie sind zugleich heterogen und erleben, dies belegen die jüngsten Beispiele etwa aus Seattle, Genua oder Heiligendamm, nicht nur eine hohe mediale Aufmerksamkeit – auch die Strategien der Überwachung verdichten sich. **Tilla Siegel (Goethe Universität Frankfurt, Ger)** begleitete durch Fragen und Beiträge das Thema ›**Crisis of Dissent – Dissent of Crisis**‹, das eröffnet wurde von **Luis Fernandez (Northern Arizona University)** und **Chris Scholl (Universiteit Amsterdam, NL)**. In ihrem Beitrag ›**The of global governance and the spatial dimension of controlling dissent**‹ analysierten sie die Protestbewegungen gegen die G8-Summits (bzw. ehemals G5 und G7) der letzten Jahrzehnte mit Blick auf die räumliche Anordnung des Veranstaltungsortes sowie die damit einhergehenden Kontrollstrategien. Anhand der Analyse von Kartenmaterial sowie strategischer Einsatzbewegungen unterstrichen sie, dass es aktuell eine Vielzahl (polizeilicher) Strategien zur Kontrolle von Protest gebe. Dies fange mit der Auswahl des Ortes der Veranstalter an, gegen die protestiert werden soll (noch von geraumer Zeit fanden sie im urbanen Raum statt, aktuell eher auf dem Land); zumeist lassen sich die Orte räumlich gut aufteilen, so dass, dies eines der Ziele, die Protestströme (*flows*) einzuhegen sind. Dabei ist ›Raum‹ im weiten Sinn zu verstehen, er bezieht Zeit, Ort und Bewegungen mit ein, und es entstehen Formen des *high policing*, die über eine Art des *fast policy transfer* transnationalisiert und standardisiert werden.

Dieses Bild des transnationalen Protests kontrastierte **Charles Woolfson (Linköping University, S)** in seinem Vortrag zum Thema ›**Suppressing the discourses of discontent: The spatial geography of protest and passivity**‹. Am Beispiel der baltischen Staaten erläuterte er, dass einerseits das zivilgesellschaftliche Engagement in den postkommunistischen, neoliberalen Staaten nur gering ausgeprägt sei. Im Systemwechsel seien alte solidarische Unterstützungsformen verloren gegangen, neue Solidaritäten eher schwach ausgeprägt. Wenn diese dann doch ihren Ausdruck fänden, wie Woolfson an vielfältigen Streiks unterschiedlichster Gruppierungen von ArbeiterInnen (wie auch RentnerInnen), die für ihren Lohn (und vor allem: um ihr Überleben) protestierten, vorführte, ist die staatliche Antwort klar: Repression. Woolfson unterstrich, dass sich damit das ›Europa der zwei Geschwindigkeiten‹ in noch einmal anderer Form reproduziere. Zum einen gebe es kaum solidarische Momente innerhalb der Bevölkerung, zum anderen aber seien diese Proteste von den – zuvor von Fernandez und Scholl untersuchten – transnationalen Protesten weitgehend ›abgehängt‹.

James Sheptycki (York University Toronto, Ca) schließlich beendete den ersten Tag der Konferenz mit einem Überblick über das globale Geschehen mit Blick auf *policing dissent*. In seinem Vortrag ›**Policing the Crisis – A Global Look at Public Order**‹

Policing unterstrich er anhand einer medialen Bildanalyse, wie sich globaler Protest auch und gerade in seiner ästhetischen Umsetzung einander annähert.

Der **zweite Konferenztag**¹ leitete dann einen analytischen Schwenk ein. Während zunächst Policing als strukturelles Moment in den Blick genommen worden war und in seinen Auswirkungen auf die Protestierenden, die KonsumentInnen oder auch urbane Räume diskutiert worden war, ging es nun um die Akteure des Polizierens.

Ellen Bareis (FH Ludwigshafen) leitete durch die **Session III, ›Crisis of Policing – Policing in Crisis**. Dass im Rahmen von New Public Management die (staatliche) Polizei mehr und mehr einer ökonomischen Logik unterworfen ist, zugleich das private Sicherheitsgewerbe wächst, ist ein globales Phänomen. **Massimiliano Mulone (University of Montreal, Ca)** widmete sich diesem Phänomen aus der Perspektive des *commercial policing*. Er gab zunächst einen Überblick über die zunehmende Serviceorientierung der kanadischen Polizei, die zu einer besonderen Gewinnerorientierung führe: Dienstleistungen können, etwa von wohlhabenden Institutionen oder Einzelpersonen, zu einem fixen Preis eingekauft werden. Dies führe zu einer polizeiiintern zu einer Zwei-Klassen-Belegschaft, da auch die Polizei nun niedrig qualifizierte Beschäftigte ausbilde, um diese Dienstleistungen ausführen zu können. Zugleich verschiebe sich damit aber auch die Unterscheidung zwischen öffentlich und privat: Polizei und private Sicherheitsdienste verschmelzen – mit noch unabsehbaren Folgen für den öffentlichen Raum.

Diese Perspektive ergänzte **Alison Wakefield (University of Portsmouth, UK)** in ihrem Beitrag **›Private policing in neoliberal societies** um ihre empirischen Befunde aus Großbritannien. Die *extended police family* ist hier schon seit geraumer Zeit in der Diskussion, doch im Gegensatz zur kanadischen Situation ist der Grad der Ökonomisierung, dem sich die Polizei ausgesetzt sieht, eher bedingt durch einen wirtschaftlichen Zwang zum rationalen, d.h. effizienten Umgang mit Mitteln (und nicht durch das Erwirtschaften von Gewinnen). Im Gegensatz zum *high policing* stünde auf der lokalen Ebene zumeist das *minimal policing* im Vordergrund, was auch und gerade anderen Akteuren auf dem Sicherheitsmarkt – privaten wie zivilgesellschaftlichen – Raum eröffne. Wakefield problematisierte denn auch folgerichtig, dass im Rahmen des von Premierminister James Cameron angekündigten Sparprogramms insbesondere die Polizei betroffen sei und, wenig überraschend, nachbarschaftliche (Selbst)Kontrollen wieder gestärkt werden sollen. Welche Konsequenzen diese Verlagerung des staatlichen Gewaltmonopols an (unkontrollierte oder unkontrollierbare) zivilgesellschaftliche wie privatwirtschaftliche Akteure haben kann, bleibt abzuwarten.

Dass und wie rechtliche Regulierungen Formen des *Policing* beeinflussen, erläuterte **Nik Theodore (University of Illinois at Chicago, USA)** am Beispiel der neuesten Einwanderungs-Gesetzgebung im Bundesstaat Arizona, wonach die Polizei nun bei ›begründetem Verdacht‹ jeden Menschen kontrollieren kann um festzustellen, ob er illegal

¹ Eric Töpfer musste krankheitsbedingt kurzfristig absagen. Seine Moderation übernahm Ellen Bareis, anstelle von Eric referierte Volker Eick.

im Land ist. Während in den deutschen Medien zumeist das teilweise ›Kippen‹ des Gesetzes durch eine Bundesrichterin als Erfolg gefeiert wird, unterstrich Theodore in seinem Vortrag **›Razing Arizona: Policing and the Politics of Citizenship‹**, dass Arizona nur die Spitze des Eisbergs sei. Seit der Immobilien- und Finanzkrise in den USA seien parallel zur zunehmenden Arbeitslosigkeit auch mehr und mehr restriktive Gesetze gegen so genannte illegale MigrantInnen umgesetzt worden, und zwar nicht allein in grenznahen Staaten wie Arizona. Dies sei folgenreich nicht allein für die betroffenen MigrantInnen selbst, sondern habe auch teils drastische Konsequenzen sowohl für legale MigrantInnen-Communities wie auch für Arbeitgeber, die Personen beschäftigen, die ›illegal im Land sein könnten. In all diesen Gruppen sei das repressive Klima, das von den konservativen, weißen US-amerikanischen Mittelschichten ausging, mit Angst und Rückzug in private Kontexte beantwortet worden. Und auch der Protest gegen die Gesetzgebung sei davon betroffen, Vernetzung, wie sie sich etwa in den globalisierungskritischen Bewegungen manifestiert, sei immer schwieriger zu organisieren. Der Zusammenhang von Krise, demokratischer Teilhabe und Bürgerrechten wird in diesem Kontext besonders virulent.

Im **vierten Panel**, nochmals von Tilla Siegel moderiert, standen dann die Akteure des *Policing* im Zentrum. **›Crisis in Policing – Policing of Crisis‹** wurde eingeleitet von **Francois Bonnet (Universität Amsterdam, NL)**, der in seinem Beitrag nach **›Obstacles to Community Policing: A comparative perspective‹** fragte. Anhand einer empirischen Untersuchung, die die Umsetzung von *community policing* in zwei Städten in den USA sowie in Frankreich vergleichend analysierte, konnte Bonnet zweigen: *Community policing* kann nicht als einheitliches Konzept verstanden werden. Dem stehen, aus organisationssoziologischer Sicht wenig überraschend, zu einen unterschiedliche ›Cop Cultures‹ sowie der Schwenk zum manageriellen Umgang mit der Polizeiarbeit insgesamt als Hindernisse gegenüber. Darüber hinaus sind es eben auch – historisch verankerte - nationale *varieties of policing* wie etwa Rekrutierungsmuster oder gewerkschaftliche Traditionen, die eine Rolle spielen.

Kendra Briken (Goethe University Frankfurt, Ger) verschob diese organisationale Herangehensweise und ordnete Policing in die Perspektive von Sicherheit als Arbeit ein. In ihrem Beitrag **›The Urban Security Work Space in a Neoliberal Germany: Producing and selling security in times of crisis‹** verortete sie zunächst die Arbeit von Wachleuten im Bereich des Niedriglohnssektors. Im Gegensatz zur Relevanz, der Sicherheit allgegenwärtig medial zugewiesen wird, ist auf der Ebene des konkreten *doing* festzustellen: Die neoliberale Konstellation, in der Arbeit zur Pflicht und zum Geschenk wird, bringt auch und insbesondere Wachleute in eine Situation des mannigfaltigen Ausschlusses. Der durch die Hartz IV-Gesetze vorgegebene *de facto* Arbeitszwang erleichtert es dem Management, ihre Beschäftigten zu kontrollieren. Zugleich setzen diese einiges daran, ihren Job möglichst zu behalten. Widerstand und Protest sowie kollektive Interessenvertretung, etwa durch die Gründung von Betriebsräten, werden so immer schwieriger – zugleich reproduzieren die Wachleute in im Rahmen ihrer Lohnarbeit auf *sex, class* und *gender* basierende soziale Ungleichheiten (und sind ihnen selbst ausgeliefert bzw. Ausdruck von ihnen).

Dass damit ein Phänomen zusammenhängt, das als *the poor policing the poor* bezeichnet werden kann, betonte **Volker Eick (FU, JFK-Institute Berlin, Ger)**. In seinem Beitrag ›**Decommodification by Dispossession? (Non-)Volunteering long-term unemployed on the security market**‹ wurde deutlich, dass es zu einer verstärkten Beteiligung nicht nur kommerzieller sondern auch zivilgesellschaftlicher Akteure an der lokalen Sicherheitsproduktion kommt. Verantwortung für die Produktion von Sicherheit und ›sozialer Kohäsion‹ wird in diesem Prozess, etwa im Programm ›Soziale Stadt‹, in das Quartier verlagert, und sogenannte Freie Träger können, etwa durch die Schaffung von Ein-Euro-Jobs insbesondere im Feld der SOS-Dienstleistungen (Sauberkeit-Ordnung-Sicherheit) erkleckliche Gewinne abschöpfen. Ohnehin als ›Benachteiligte‹ kategorisierte Personen geraten so etwa unter den Zwang, ihre eigene Nachbarschaft zu kontrollieren. Die zwischen den Akteuren entstehenden Kooperationsformen und Handlungsansätze verdichten sich zu einem neuen sicherheits- und wohlfahrtsstaatlichen Modell für ›benachteiligte Quartiere‹, bei dem die Integration freier Träger in den ›Sicherheitsmarkt‹ der Selbstregulation dieser Quartiere und der dortigen Armutsbevölkerung durch polizierende Tätigkeiten dienen soll – und staatliche Institutionen sich zurückziehen und ihre Ressourcen anderweitig stärken können.

In der **abschließenden Panel-Diskussion**, moderiert von Nik Theodore, waren mit **Peter Bremme (ver.di Hamburg, Ger)** sowie **Oliver Arning (Bundesverband Wach- und Sicherheitsgewerbe, Ger)** Vertreter der Interessenverbände des deutschen Sicherheitsgewerbes vertreten. **Peter Bremme** fokussierte als Gewerkschafter auf die dunkle und alltägliche Seite der Bewachungsbranche, die gerne vor der Öffentlichkeit verborgen wird, die im gewerkschaftlichen Alltag überpräsent ist und die brutalen Seiten des Gewerbes in Bezug auf die Beschäftigten aufzeigt. Diese Verhältnisse, so Bremme, spiegelten aber letztlich nur den Bodensatz des ganz normalen kapitalistischen Alltags wider. Das Bewachungsgewerbe ist als Niedriglohnbereich akzeptiert. Sowohl von der Beschäftigungsart, als auch von staatlicher Seite gilt es als kostengünstige Möglichkeit, Erwerbslose oder Arbeitssuchende dazu zu bringen, in den ersten Arbeitsmarkt zu Billigkonditionen einzusteigen. Löhne, die unterhalb des Hartz IV Niveaus liegen, werden von staatlicher Seite aus protegiert, auch wenn von vornherein klar ist, dass diese Löhne anschließend mit aufstockender Sozialhilfe subventioniert werden müssen. Somit, so Bremme, subventionieren letztendlich der Steuerzahler und die Steuerzahlerin die Ausbeutungspraxis und den Lohnbetrug der Bewachungsunternehmen. **Oliver Arning** bestätigte viele dieser Einsichten aus Verbandsperspektive und betonte, dass diese Praktiken auch aus managerieller Sicht hinderlich seien, wenn der Sicherheitsmarkt zukünftig überhaupt Wachstumsraten garantieren sollte. Einig waren sich beide, dass der Mindestlohnvertrag dringend unterzeichnet werden und dann auch allgemeinverbindlich werden müsse. Die Abschottung gegen private Sicherheitsdienstleister aus anderen europäischen Niedrigstlohnländern konnte vor dem Hintergrund der vorherigen Paneldiskussionen nicht allein als nationalistische oder gar rassistische Praxis kritisiert werden. Vielmehr wurde deutlich: Bei aller Kritik an der Privatisierung bzw. Kommerzialisierung von Sicherheitsdienstleistungen ist eine transnational ausgerichtete

rechtliche Regulierung der bereits existierenden Modi dringend notwendig, um nicht in eine rechtsfreie Kontrolle der sozialen Kontrolle in urbanen Kontexten hineinzulaufen.

Insgesamt konnte im Rahmen der Tagung komparativ herausgearbeitet werden, inwieweit die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise in den jeweiligen nationalen Kontexten (Australien, Deutschland, Estland, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Lettland, Litauen, Norwegen, USA) gemeinsame oder unterschiedliche Reaktionsweisen mit Blick auf die Politik Innerer Sicherheit und die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik hervorbringen. Es zeigte sich, dass selbst (oder gerade) im ›globalen Zeitalter‹ innerhalb der Nationalstaaten auf der lokalen Ebene mit sehr unterschiedlichen Lösungsmodellen experimentiert wird, die im Rahmen von ›policy transfers‹ über nationalstaatliche Grenzen hinweg ihren Niederschlag im urbanen Raum finden. Im Rahmen von transnationalen Protesten scheinen sich zwischenstaatliche Lernprozesse abzuzeichnen, doch das Beispiel der baltischen Staaten belegt auch: Nur ein kleiner exklusiver Kreis von Staaten ist in diese Lernprozesse einbezogen – und gleiches kann wohl auch für die Strukturen transnationaler Protestformen gelten.

Die Frage danach, wie sich die Krise in den kommenden Monaten auf Polizei, kommerzielle Sicherheitsdienste und die SOS-Dienste aus Langzeitarbeitslosen weiter auswirken und welche Gegen- bzw. Coping-Strategien sich entwickeln werden, wird wesentlicher Bestandteil zweier Publikationen sein, die sich derzeit in Vorbereitung befinden. Sie gehen Euch nach Erscheinen unaufgefordert und unentgeltlich zu. Es handelt sich dabei um eine Sonderausgabe der Fachzeitschrift *Social Justice* unter dem Titel ›Urban Security Work Spaces‹ und um einen Sammelband unter dem Titel *Crisis of Policing – Policing of Crisis*, der bei *Red Quill Books*, Ottawa. Beide Titel werden im Mai 2011 erscheinen.